

verschießen: In Deutschland sind Niedriglohnsektor und die prekäre Beschäftigung ausgeufert, die Unterschiede zwischen Arm und Reich sind trotz der guten Ausgangslage größer und nicht kleiner geworden, und die Zukunftsinvestitionen teilweise ausgeblieben. Um Missverständnisse zu vermeiden: Niemand zweifelt ernsthaft an, dass für die nachhaltige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Krisenstaaten noch weitere Schritte erforderlich sind. Aber Wettbewerbsfähigkeit und Solidarität sind zwei Seiten derselben Medaille. Niemand stellt in Frage, dass die Krise auch durch eigene Fehler einzelner Mitgliedstaaten dieses dramatische Ausmaß angenommen hat. Aber die Krise in der Eurozone hat uns ebenso deutlich vor Augen geführt, dass neben Haushaltsdefiziten auf Dauer auch übermäßige gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten belastend für die Stabilität der Währungsunion sind. Zum Abbau müssen alle Euro-Staaten ihren Beitrag leisten - sowohl Länder mit Leistungsbilanzdefiziten als auch Überschussländer wie Deutschland. Wenn wir wollen, dass Krisenländer wie Griechenland ihre Wettbewerbsfähigkeit massiv verbessern und ebenfalls Handelsbilanzüberschüsse erwirtschaften, dann können schon rein mathematisch nicht alle EU-Staaten innerhalb der EU gleichzeitig mehr exportieren als importieren. Deshalb ist es vernünftig, dass wirtschaftliche Verwerfungen innerhalb der EU im Rahmen bleiben und Defizitländer in die Lage versetzt werden, ihre Importe auch bezahlen zu können. Es geht doch nicht darum, die deutsche Exportwirtschaft schwächen zu wollen. Im Gegenteil. Deutschland braucht für sein eigenes Wachstum aber auch dringend eine Stärkung der Binnennachfrage, vor allem durch Investitionen in Bildung und Forschung, in Infrastruktur und Kinderbetreuung. Dies nutzt nicht nur uns Deutschen, sondern auch unseren EU-Partnern. Es ist deshalb sinnvoll, jetzt die Spielräume - der Tarifparteien, genauso wie der öffentlichen Haushalte - für eine Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland zu nutzen. Hierzu werden unsere sozialdemokratische Forderungen im Koalitionsvertrag maßgeblich beitragen: Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohnes in Höhe von 8,50 Euro, Abbau von prekären Beschäftigungsverhältnissen durch die Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit, Erhöhung der Investitionen in Verkehrsinfrastruktur um 5 Milliarden Euro, Entlastung der Länder um 6 Milliarden Euro für Investitionen in Kinderbetreuung, Schulen und Hochschulen. Das wird uns gezielt dabei helfen, die gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone abzubauen, ohne dabei die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft in Frage zu stellen. Das kommt nicht nur den Menschen in Deutschland zu Gute, sondern ist auch ein echtes Stabilitätsprogramm für ganz Europa. Die Währungsunion zu einer echten Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialunion ausbauen. Die Krise hat die Konstruktionsfehler der Eurozone schonungslos offengelegt. Der Euro kann nur dauerhaft bestehen, wenn die Mitgliedstaaten auch ihre Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik verbindlich koordinieren und dabei die Gemeinschaftsmethode beherzigen. Wir haben im Bereich der Fiskalpolitik mit dem Fiskalpakt, dem Two-Pack und den Fortschritten bei der Bankenunion bereits wichtige Schritte zur Stabilisierung der Währungsunion unternommen. Auf der Ebene der Wirtschafts- und Sozialpolitik hinken wir aber immer noch weit hinterher: Die wirtschaftspolitische Koordinierung im Europäischen Semester erfasst bisher bei Weitem nicht alle notwendigen Bereiche für eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts und ist darüber hinaus nicht hinreichend verbindlich. Dabei liegt es auf der Hand, dass die Wirtschafts- und Währungsunion auch eine soziale Dimension hat. Diese soziale Dimension ist in doppelter Hinsicht eine Notwendigkeit. Ökonomisch ist zur Verringerung der Staatsschulden eine kräftige wirtschaftliche Erholung mit einem spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit erforderlich. Politisch wird das Gros der Menschen die Reformpolitik nicht unterstützen können, wenn dabei die soziale Balance aus dem Blick gerät. Im schlimmsten Fall können ganze Gesellschaften und politische Systeme destabilisiert werden, weil ihnen die Akzeptanz der Bevölkerung entzogen wird. Wir müssen daher zu einer verstärkten Koordinierung auch in den Bereichen kommen, die über die Finanz- und Wirtschaftspolitik im engeren Sinne hinausgehen. Selbst für eine effektive Frühwarnung ist es nicht genug, nur auf Haushaltszahlen oder die Staatsverschuldung zu schauen. Der Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts für 2014 enthält erstmals einen Katalog von Indikatoren zu beschäftigungs- und sozialpolitischen Schlüsselbereichen. Dazu zählen beispielsweise Kriterien wie die Armutsgefährdungsquote oder Ungleichheiten in der Einkommensentwicklung. Die Bedeutung beschäftigungs- und sozialpolitischer Entwicklungen im Rahmen des Europäischen Semesters wird damit gestärkt. Allerdings sind diese Indikatoren leider nicht verbindlich. Und warum bleiben weitere wichtige soziale Indikatoren wie Kinderarmut oder der Zugang zur Gesundheitsversorgung weiter außen vor? Damit die soziale Dimension nicht das Stiefkind der europäischen Integration bleibt, müssen wir weiter gehen. Wie können wir dafür bestehende Strategien mit ambitionierten europaweiten Zielen und Leitlinien verbindlicher ausgestalten? Wie können wir endlich die vertragliche Vereinbarung aus Artikel 3 des EU-Vertrags umsetzen, mit dem Anspruch - Zitat - "einer sozialen Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt"? Die anstehende Halbzeitbilanz der Europa-2020-Strategie im Jahr 2015 bietet einen geeigneten Rahmen für eine weitere Verstärkung der beschäftigungs- und sozialpolitischen Koordinierung. Denn die aktuelle Zwischenbilanz der Kommission zur Europa-2020-Strategie zeigt ein ernüchterndes Bild: Das Beschäftigungsziel von 75 Prozent wird deutlich verfehlt. Die Zahl der von Armut bedrohten Menschen in der EU ist von 2009 auf 2012 um zehn Millionen auf 124 Millionen gestiegen. Auch bei den dringend notwendigen Investitionen in Bildung und Forschung besteht Nachholbedarf. Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander. Warum nutzen wir nicht endlich die Debatte um die Europa-2020-Strategie, um vor uns liegende Integrationsschritte stärker auf das Ziel des sozialen Zusammenhalts auszurichten? Sie bietet Raum, grundsätzliche Weichenstellungen vorzunehmen. Um mit einer Mär aufzuräumen: Wir brauchen und wollen auch keine europaweite Vereinheitlichung der nationalen Sozialsysteme. Aber wir brauchen sehr wohl die Perspektive verbindlicher Leitlinien, entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten. Ich denke dabei an Zielkorridore und Mindeststandards in der Arbeitsmarktpolitik, der Alterssicherung, der Gesundheitsversorgung, bei Mindestlöhnen und Renten sowie konkrete Abbaupläne für die Jugendarbeitslosigkeit in den einzelnen Mitgliedstaaten. Übrigens können wir im Rahmen einer verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung auch einen Beitrag zur Lösung der sogenannten "Armutsmigration" leisten. Die unbestreitbaren Vorteile der EU-Freizügigkeit müssen bewahrt und geschützt werden, ohne die sich daraus ergebenden sozialen Verwerfungen zu ignorieren. Der Kampf gegen diese Verwerfungen bedeutet nicht bloße Finanzhilfe für einzelne betroffene Kommunen bei der Integration von Zuwanderern und die zwingend effektivere Ahndung kruppeloser Lohnbetrügereien unter den Arbeitgebern. Es bedeutet auch, dass wir in der EU entschieden gegen Lohndumping und Missbrauch der Leiharbeit vorgehen müssen. Jeder Arbeitnehmer muss am Ort seiner Beschäftigung über ein ausreichendes Mindesteinkommen verfügen können. Dabei werden wir auch die Regel für den Bezug von Sozialleistungen in den Mitgliedstaaten aufeinander abstimmen müssen. Der Grundfreizügigkeit der Freizügigkeit darf nicht dazu missbraucht werden, die Armen gegen die noch Ärmeren auszuspielen. All dies geht nicht ohne eine bessere Koordinierung im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Mir ist bewusst, dass wir dafür einige Probleme bei der Aufgabenverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten lösen müssen. Das stellt jedoch nicht das Ziel in Frage: Die Bewahrung der sozialen Marktwirtschaft in Europa ist die Voraussetzung für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg. Wir alle sind gefragt, den sozialen Zusammenhalt in Europa durch mutiges und entschlossenes Handeln zu stärken - der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit - bei der Wahrnehmung der binnenwirtschaftlichen Verantwortung Deutschlands - und bei der wirtschafts-, beschäftigungs- und sozialpolitischen Koordinierung. Wenn uns dies schon zu einem Stück im Jahr 2014 gelingt, können wir sicher sein, dass wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen. Lassen Sie uns den Menschen zeigen, dass Europa gerade in der Krise sein soziales Gespür, seinen Sinn für Solidarität und soziale Gerechtigkeit nicht verloren hat. Die EU muss wieder als Teil der Lösung, und nicht als Teil des Problems wahrgenommen werden. Der soziale Zusammenhalt mit seinen Hoffnungsversprechen war immer der Schlüssel für die Glaubwürdigkeit der EU nach innen und nach außen. Die Bekämpfung der dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist deshalb der Startschuss für die Behebung der sozialen Schiefelage in der Union. Dieser Aufgabe nimmt sich die neue Bundesregierung mit aller Anstrengung, Kreativität und Mut an. Solidarität muss gelebt werden. Vielen Dank. Auswärtiges Amt - Werderscher Markt 1 - 10117 Berlin - Deutschland - Telefon: 030 5000-2056 - Telefax: 030 18-17-3402 - Mail: presse@diplo.de - URL: <http://www.auswaertiges-amt.de> - 

Pressekontakt

Auswärtiges Amt

10117 Berlin

auswaertiges-amt.de
presse@diplo.de

Firmenkontakt

Auswärtiges Amt

10117 Berlin

auswaertiges-amt.de
presse@diplo.de

Das Auswärtige Amt ist zuständig für die Pflege der Beziehungen zu anderen Staaten sowie zu den zwischen- und überstaatlichen Organisationen. Der Auswärtige Dienst versteht sich neben seiner Funktion als Gestalter der Außenpolitik als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger, die deutsche Wirtschaft, das deutsche Kulturleben und für Parlamentarier und Regierungsvertreter aller Ebenen. Sein Dienstleistungsangebot ist für den Auswärtigen Dienst neben der klassischen Diplomatie zu seiner zweiten, tragenden Säule geworden: Es macht heute gut die Hälfte seiner Aktivitäten aus. So steht das Auswärtige Amt als modernes und aufgeschlossenes Dienstleistungsunternehmen weltweit seiner "Kundschaft", mit seinem Know-how und seinen Kontakten mit Rat und Tat zur Seite.